

ANTRÄGE

1) Keine Chance für WiedereinsteigerInnen bei den GVB?

GRin. Mag. **Fluch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fluch**: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! In meinem Antrag geht es um Chancen für WiedereinsteigerInnen bei den GVB. Ich hoffe, es sind möglichst viele unter uns, die auch regelmäßig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind und da haben wahrscheinlich doch einige auch diese Prospekte entdeckt, mit denen die GVB in an sich sehr sympathischer Weise dafür werben, dass sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen. Wir alle hier Gemeinderat betonen immer, wie wichtig es ist, eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen und wir haben glücklicherweise in verschiedensten öffentlichen Verwaltungen mittlerweile geschafft, dass es keine Altersgrenzen von 40 Jahren mehr gibt, weil bekannt ist, dass diese Altersgrenze vor allem Frauen und vor allem WiedereinsteigerInnen äußerst schwer benachteiligt. Ich war also äußerst erstaunt, als mich eine Bekannte, die auf Jobsuche ist, darauf hingewiesen hat, sie hat sich auf Grund dieses Prospekts bei den GVB beworben, aber es steht im Prospekt schon drinnen, dass als Mindestalter 21 Jahre gefordert sind und als Höchstalter 40 Jahre. Das heißt, es ist so eine typische Regelung, die gerade Frauen, die wieder Einsteigen wollen, sicherlich nicht entgegenkommt. Es ist schon klar, dass gerade für eine verantwortungsvolle Tätigkeit, wie beispielsweise im Fahrdienst der GVB, es einige persönliche Voraussetzungen gibt, die auf jeden Fall vorhanden sein sollten, wie zum Beispiel Konzentrationsfähigkeit, ich kenne das allerdings vom Landesdienst, dass diese Dinge auch über Tests abgefragt werden können und nicht unbedingt mit einer Altersgrenze von 40 eine schlechtere Voraussetzung gegeben ist.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

dass die Stadt Graz über ihre Eigentümergebietvertreterinnen und -vertreter die Grazer Stadtwerke beziehungsweise die Grazer Verkehrsbetriebe auf diese diskriminierende Regelung bei der Aufnahme neuer MitarbeiterInnen hinweisen möge und darauf hinwirken möge, dass das Alterslimit, das im Verwaltungsdienst aus eben diesen Gründen bereits abgeschafft wurde, auch bei den GVB wegfällt. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Missachtung des Werbeverbotes für Tabakwaren bei Schulen

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgenden Antrag:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wurde von Eltern von Grazer Schülerinnen und Schülern darauf hingewiesen und konnte mich durch stichprobenartige Überprüfungen auch selbst davon überzeugen, dass entgegen der Vorschriften im § 11, Absatz 2, Punkt 1 des Tabakgesetzes Tabakwerbung durch Plakate im direkten Sichtbereich von Grazer Schulen und Jugendzentren erfolgt.

Bei sieben von zwölf durch mich überprüften Standorten unterschiedlicher Schultypen, nämlich eines Kindergartens sowie zweier von Jugendlichen frequentierter Zentren, habe ich Plakatwerbung im direkten Sichtbereich festgestellt, und zwar beim Gymnasium Carnerigasse, der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in der Grottenhofstraße, der Hauptschule in der Keplerstraße, Volksschule Baiernstraße, Kindergarten Steinbergstraße, dem Jugendzentrum Don Bosco und der Landesturnhalle in der Jahngasse. Diese Plakate wurden von drei unterschiedlichen Firmen angebracht, darunter auch der stadt eigenen Firma Ankünder, bei der ich mich aber jetzt bedanken will, da sie nach

dem Bekanntwerden dieses Umstandes und dem Zeitungsbericht darüber sofort reagiert hat und entsprechende Plakate vor Schulen abgenommen hat.

Es gibt viele Gründe, warum speziell Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung in Schutz genommen werden sollen, die näheren Umstände sind im Motivenbericht des Antrages angeführt. Es gibt Strafbestimmungen, wenn diese Anordnung des Gesetzgebers missachtet wird, auf die ich ebenfalls hier hingewiesen habe.

Zusammenfassend will ich festhalten, dass eine die Bestimmungen und die Gedanken des § 11 Tabakgesetzes grob verletzende und missachtende Handlungsweise von Vertretern der Tabakindustrie und der Werbewirtschaft vorliegt. Diese erfordert seitens der Stadt Graz nun aber eine unverzügliche Reaktion, nicht nur sonder auch, weil sie sich zum Netzwerk „Gesunde Städte“ bekennt.

Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Österreichischen Volkspartei den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass alle Firmen, die im Grazer Stadtgebiet Plakatwerbung durchführen, auf die Ungesetzmäßigkeit der Anbringung von Tabak-Plakatwerbung im Sichtbereich von Schulen und Jugendzentren hingewiesen werden und zu einer unverzüglichen Entfernung dieser Plakate aufgefordert werden (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Sport-Impuls-Cluster Steiermark, Multifunktionszentrum Graz

GRin. **Kummer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Kummer:** Sehr verehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! In meinem Antrag geht es um den Sport-Impuls-Cluster-Steiermark beziehungsweise das Multifunktionale Zentrum Graz. Sport gehört heute zweifelsfrei zu den populärsten und unterhaltsamsten kulturellen Aktivitäten.

Kein anderes Ereignis ergreift zugleich über die Medien so viele Menschen wie die Olympischen Spiele oder die Fußball-WM.

Um kaum ein anderes Thema macht sich eine ganze Stadt so viele Sorgen, wie um den Tabellenstand ihres Bundesligaveraines.

„Styrian Spirit-Drama“ oder „BAWAG-Krimi“ interessieren die Leute.

Aber bei „Sturm oder GAK“ werden Emotionen frei.

Sport ist das Thema, bei dem die Menschen mit größter Leidenschaft für „ihre“ Mannschaft eintreten, sich, ob stolz im Siegesrausch oder frustriert in einer Niederlage, mit ihrer Stadt identifizieren.

Sport hat Vorbildfunktion und regt zum Nachahmen an.

Wir haben rund eine Million Sport Treibende in der Steiermark, 545.307 davon sind in Vereinen organisiert, ca. 14.000 betreiben Universitäts- oder Heeres Sport, an die 10.000 behinderten Sportbegeisterte und auf Gesundheits-, Rekonvaleszenz- oder Heilsport Angewiesene, weiters noch unerfasst viele Schulsport Absolvierende, selbst organisierte Freizeitsport Treibende und Senioren-Sport treibende, unzählig viele, die noch auf den Sportimpuls warten - oder auf eine freie Halle.

Diesem Cluster an Möglichkeiten, dieser enorme Menge an Einzelpersonen, die als Einheit betrachtet werden, nämlich als Sportlerinnen und Sportler, also rund 30 % der Grazer Bevölkerung treffen auf folgende Bedingungen:

- Die Groß-Sportanlagen der Dachverbände sind weitgehend in baulich (sehr) schlechtem Zustand.
- Es herrscht akuter Mangel an Hallenflächen in Graz. Besonders betroffen davon sind Jugend- und Seniorensport, da derzeit meist ein Ausweichen in die späten Abendstunden nötig ist.
- Der Sportwissenschaft fehlen adäquate universitäre Sportanlagen

- Eine institutionalisierte Vernetzung mit interdisziplinärem Ansatz zwischen Sportwissenschaft, Sportmedizin und –psychologie sowie den Dach- und Fachverbänden unter Einbeziehung sonstiger Träger des Sportes fehlt gänzlich.
- Es besteht Doppelgleisigkeit bei der Infrastruktur für einige Sportarten im Leistungsbereich.
- Die Eigentümer- und Betreibersituation ist zur Zeit rechtlich oft nur unzureichend definiert.
- Die Finanzierung der Abgänge – besonders bei den Dachverbandsanlagen- erfolgt derzeit aus Mitteln, die dem Sportbetrieb zu widmen wären.
- Eine Valorisierung von Zuschüssen der öffentlichen Hand für Betrieb und Instandhaltung der Sportanlagen ist seit ca. 40 Jahren nicht erfolgt.

Aber im Landesentwicklungsprogramm Sportwesen von 1991, als Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung auf Basis des Raumordnungsgesetzes erlassen steht geschrieben: Grundsätzlich sind Sportanlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Weiters: Die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit moderner Sportinfrastruktur ist dauerhaft zu gewährleisten. Die soziale Funktion des Sportes ist abzusichern. Hiezu ist die Bereitstellung der Anlagen zu leistbaren Preisen durch selektive Stützung der Tarife zu garantieren.

Der ehrenamtliche Sport ist von der Verantwortung aus der Errichtung, Instandhaltung und des Betriebes der Sportstätten zu entlasten.

Eine Mehrfachnutzung von Sportanlagen und vor allem deren Umfeld für außersportliche Zwecke ist anzustreben, insbesondere bei positiven Kosteneffekten.

In neuen Strukturen sind sämtliche Bereiche des Sports (Breiten-, Leistungs-, Hochleistungs-, Spitzen-, Behinderten- und Verbandssport sowie die Bereiche Schule, Aus- und Fortbildung, Wissenschaft, etc.) zu integrieren und abzudecken.

Bestehende Vernetzungsstrukturen, die im Sport bereits vorhanden sind, sind bedarfsorientiert zu intensivieren.

Durch übergeordnete Ressourcenplanung sind Errichtung und Auslastung der Sportanlagen zu optimieren.

Öffentliche Mittel für den Sport sind langfristig zu sichern und mit höchster Effizienz einzusetzen.

Die national und international anerkannte Attraktivität der Sportanlagen für Training und Veranstaltungen in Graz ist ein erklärtes Ziel.

Die Konzeption des Sport-Impuls-Cluster Steiermark sieht einerseits ein multifunktionales Sportzentrum mit räumlicher Integration gesundheits- und wissenschaftsbezogener Elemente vor, andererseits die Sanierung und gegebenenfalls Erweiterung bestehender Sportanlagen sowie die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für leistungsorientierte Nachwuchssportler und Sport Touristen.

Eine Standortuntersuchung ergab, dass das Areal des derzeitigen ASKÖ Sportzentrums Eggenberg über das beste Entwicklungspotential verfügt.

Die Einbindung des gesondert zu errichtenden und zu betreibenden Sportbades Eggenberg in die Gesamtkonzeption schafft ideale Bedingungen für ein internationales Sportkompetenzzentrum in der bewegten Stadt Graz.

Daher stelle ich seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen: Das zuständige Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, Sportlandesrat Wegscheider, wird aufgefordert, die weitere Planung für die Realisierung des Sport-Impuls-Clusters Steiermark auf Basis der vorliegenden Studie zu intensivieren und im Sinne einer positiven Lösung und Umsetzung voranzutreiben.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Beschäftigungsprojekt mit dem AMS

GR. **Kolar** stellt folgenden Antrag:

GR. **Kolar:** Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute einen Antrag, der nicht nur wichtig ist, sondern auch wirklich dringend ist und ich darf auch hier, und Sie gestatten mir das, den Leiter des AMS, den Kollegen Pichler Helmut, begrüßen, der mit seiner Anwesenheit auch diese Wichtigkeit dementsprechend unterstreicht und sein Engagement bei den Langzeitarbeitslosen auch hier dementsprechend als AMS tätig zu sein. Lange arbeitslos zu sein, bedeutet für die Betroffenen und ihre Familien nicht nur massive finanzielle Verschlechterungen, Langzeitbeschäftigungslosigkeit führt auch oft zu dem Gefühl, keinen Wert in der Gesellschaft zu haben.

Und je länger die Arbeitslosigkeit dauert, umso häufiger sinkt mit dem das Selbstwertgefühl und auch das Selbstbewusstsein, diese Perspektiven- und Hoffnungslosigkeit führt bisweilen sogar zu psychischen und physischen Beeinträchtigungen. Umso wichtiger wäre es, meine Damen und Herren, diesen Menschen Perspektiven zu eröffnen, ihnen Chancen zu bieten, sich in der Arbeitswelt wieder zu beweisen.

Im Großraum Graz waren mit Ende Februar 2006 im AMS 662 langzeitbeschäftigungslose Personen gemeldet. Diese Menschen brauchen eine Chance einer Reintegration in den Arbeitsmarkt. Und die Stadt Graz, meine Damen und Herren, könnte einigen von diesen Menschen eine Chance bieten.

Denn seitens des AMS gibt es seit einiger Zeit ein spezielles Angebot, um diese Langzeitarbeitslose beziehungsweise WiedereinsteigerInnen sukzessive in den Arbeitsprozess wieder eingliedern zu können. Das Beschäftigungsverhältnis eines/einer Langzeitarbeitslosen wird vom AMS mit 4000 Euro gefördert, das von BerufswiedereinsteigerInnen mit 3800 Euro.

Ein Modell, das auch von der Stadt Graz und ihren Gesellschaften in Anspruch genommen werden könnte und das für alle Beteiligten von Vorteil wäre: Die Betroffenen selbst hätten über ein solches Projekt die Chance, sich und anderem zu beweisen, was sie zu leisten im Stande sind, und die Stadt und ihre Gesellschaften könnten dabei ohne oder mit nur geringem finanziellen Aufwand helfen – und zudem auch Engpässen bei Arbeitsspitzen vorbeugen. Das betrifft Bürohilfstätigkeiten,

Tätigkeiten in den Wirtschaftsbetrieben oder bei der Grünraumpflege ebenso wie saisonale Ereignisse.

Für die Stadt Graz, meine Damen und Herren, wären folgende Modelle jedenfalls sicher interessante Varianten:

- zwei Monate Beschäftigung mit 100 %iger Förderung,
- drei Monate Beschäftigung, wobei das erste Monat zu 100 % und die beiden weiteren zu je 50 % durch das AMS gefördert werden,
- vier Monate Beschäftigung, wobei alle vier Monate vom AMS zu 50 % und jeweils zu 50 % durch die Stadt und ihre Gesellschaften zu finanzieren werden

Wobei die Koordination sinnvollerweise in der Personalabteilung angesiedelt werden sollte, um von hier aus beim AMS die benötigten Personen mit den entsprechenden Qualifikationen anzufordern und an die jeweiligen Dienststellen weiterzuleiten. Das AMS würde wiederum einen Pool von Langzeitbeschäftigungslosen beziehungsweise WiedereinsteigerInnen mit den von der Stadt Graz und ihren Gesellschaften benötigten Qualifikationen organisieren.

Nachdem auch seitens des AMS großes Interesse, wie ich bereits angeführt habe, an einem solchen Kooperationsmodell mit der Stadt Graz besteht, stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

das Personalamt möge beauftragt werden, die Realisierung eines solchen Projektes umgehend zu überprüfen und nach Möglichkeit umzusetzen. Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, lieber Herr Pichler, lieber Willi Kolar! Ich werde das gerne tun. Wir haben ja solche Überlegungen schon in anderen Bereichen auch angestellt, wir haben das mit den Asylwerbern zumindest in manchen Abteilungen schon sehr gut und vorbildhaft abgewickelt. Ich bedanke mich

auch, dass wieder ein solches Modell auch zur Verfügung steht, wo man de facto auch durch Zuzahlung für die Stadt Graz einen finanziellen Vorteil mit einem sozialen Engagement verbinden kann. Wir habe ein bisschen vorweg schon geprüft, wir wissen, dass es in erster Linie im handwerklichen Bereich möglich sein wird, da ist dann nur die Frage, wie viele Leute werden a) gebracht und Punkt b) man muss wissen, und das müssen wir auch im Gesamtmodell dann berücksichtigen, dass wir nur auf eine befristete Zeit, quasi innerhalb der es möglich ist, Leute beschäftigen können, danach müssten wir über die Objektivierungsrichtlinien dann wieder über die Aufnahmeverfahren dazu kommen, aber im Prinzip heiße ich dieses Modell sehr gut, betrachte diesen Antrag nicht als jetzt schon erledigt, sondern wir werden ihn geschäftsordnungsgemäß auch dem Herrn Dr. Kalcher, der davon weiß, zustellen und wir werden schauen, was wir da zusammenbringen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Stadtteilentwicklungs- und Verkehrskonzept

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Messe war heute schon Thema, auch ich darf mich in meinem Antrag zum Thema Messe beziehungsweise Verkehrskonzept und rund um die Messe heute wieder einmal, muss ich dazusagen, zu Wort melden. Es ist ja nicht das erste Mal, dass die Bauvorhaben auf und rund um die Grazer Messe hier Gegenstand von Diskussionen sind und darf nur in Erinnerung rufen, dass ich so ziemlich auf den Tag genau vor zwei Jahren hier auch an diesem Pult gestanden bin und an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen der Gemeinderatssitzung unter anderem Fragen nach dem Verbleib von Maßnahmen für mehr Wohn- und Lebensqualität und einen Wertausgleich für die Bewohnerinnen und

Bewohner in Form von zusätzlichen Grün- und Erholungsflächen beziehungsweise auch hinsichtlich der Umsetzung des ausgearbeiteten Verkehrskonzepts zur Verbesserung der Parkplatz- und Verkehrssituation während der Messe- und Stadthallenveranstaltung gestellt habe.

Leider mit einer einzigen Ausnahme und da bin ich wirklich froh, dass das gelungen ist, nämlich die in Angriff genommene Verlängerung des 4ers nach Liebenau, ist es leider so, dass relativ wenig in diese Hinsicht passiert ist, das heißt im Klartext, die Situation in Jakomini hat sich eher noch verschlechtert als leider verbessert und wenn wir heute oder auch gestern in diversen Ausschüssen natürlich über Verbauungen gesprochen haben, dann dreht es sich momentan in erster Linie um das Bauvorhaben der GRAWE auf dem Messeareal, aber wer die Situation in Jakomini und rundherum kennt, weiß, dass das ja nicht einzige Fläche ist, die künftig einer möglichen Verbauung ansteht. Ich denke hier an die Grundflächen in der Fröhlichgasse, am Sportklubplatz, aber darüber hinaus wird es ja da über kurz oder lang auch zu Überlegungen seitens der österreichischen Bundesbahnen kommen, was auf ihrem Areal in der Raiffeisenstraße oder am Ostbahnhof passiert und letztendlich wissen wir auch, und auch hier gab es ja Diskussionen, was wird letztendlich auch mit dem Grundstück der Kirchnerkaserne passieren. Das heißt im Klartext, es ist eines vorhersehbar, dass sich in diesem südlichen Bereich der Stadt Graz in Zukunft einiges tun wird und deshalb betone ich es auch, es geht der Bevölkerung in Jakomini und auch zum Teil in Liebenau jetzt nicht nur darum, etwas zu verhindern, sondern es geht diesen Bewohnerinnen und Bewohnern darum, was und wie wird gebaut und wie schaut es mit einer Gesamtkonzeption in diesem Bereich aus. Und die Bevölkerung ist es leid, dass einfach hier zum Teil Einzelgrundstücke bewertet werden, dass hier Investoren nur ihr eigenes Grundstück im Auge haben und das Gesamtentwicklungskonzept, das wir schon sehr, sehr lange einfordern und wünschen, ist noch immer nicht da. Und auch was den Verkehr betrifft, gibt es eben hier einfach die Probleme und ich darf nur an die jüngste Vergangenheit erinnern, wo zwei Veranstaltungen in der Stadthalle bereits zum totalen Erliegen des Verkehrs in dieser Gegend beigetragen haben und auch hier warten wir, leider vergeblich, seit geraumer Zeit auf ein entsprechendes Verkehrskonzept, aber nicht nur auf die Präsentation des Konzeptes, sondern letztendlich auch natürlich auf einen zeitlichen Rahmenplan und vor allem auch auf

die Umsetzung, was besonders wichtig ist, nicht nur Studienkonzepte und tolle Inaussichtstellungen, sondern vor allem, wie gesagt, hier entsprechende Abhilfen.

Aus diesem Grund und im Zusammenhang mit diesen von mir dargestellten Problemen oder auf Grund dieses von mir geschilderten Situationsberichtes darf ich seitens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

stellen, dass die zuständigen Magistratsabteilungen ein Entwicklungskonzept für den gesamten Stadtteil, der also in Zukunft wie von mir genannt, ob das Ostbahnhofflächen sind, ob das natürlich Kasernengeländeareal ist, erarbeiten und vor allem die zweite Stoßrichtung wäre, dass das „Messexverkehrskonzept“, das sowohl die erforderlichen Maßnahmen als auch einen Zeitplan der Umsetzung zu beinhalten hätte, öffentlich präsentiert und zur Diskussion gestellt wird. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, Herr Gemeinderat. Ein paar Anmerkungen erlaube ich mir, auch manche ein bisschen im Widerspruch. Ich glaube, dass wir gerade wenn es um das Thema Messe und Messe-Quadrant gegangen ist, auch der Bezirksbevölkerung einige Dinge wieder sagen sollten und was sich da auch in der Abfolge verändert hat in diesem Bereich. Es ist richtig, dass wir damals beim Bau der Stadthalle beschlossen haben, dass wir die Linie 4 hinausverlängern, dass auch die Stadt Graz nebst diesen Kosten ein Parkhaus errichtet und dass auch das Unternehmen Spar bei Großveranstaltungen sogar noch einmal zweieinhalbtausend Stellplätze dort zur Verfügung hat. Das heißt, wir haben versucht, diese Parkraumnot einmal zu beseitigen. Des Weiteren kann man der Bezirksbevölkerung, und sollte man auch sagen, dass wir von den Messekonzepten und von der Messeidee abgegangen sind von den Großmessen, die bis zu 22.000 und 23.000 Besucher pro Tag eine Woche lang hingebraucht haben, inklusive Ringelspiel und den Lärm, den die Anrainer dort auch gehabt haben. Es ist uns gelungen, auch gegen ursprüngliche Überlegungen die Gruabn von Sturm Richtung Sportklub zu transferieren und damit

auch diese Grünfläche im Bezirk zu halten. Wir haben Veränderungen auf der Messe hinnehmen müssen, weil zum Beispiel das Bundesdenkmal gesagt hat, der Abriss der Halle 11 ist nicht möglich. Wir haben es dann geschafft und ich sage auch, mit sehr viel mehr Kosten, diese Halle, die anlässlich des Besuches von Adolf Hitler in Graz als Provisorium errichtet worden ist, jetzt um 3,5 bis vier Millionen Euro ein bisschen zu verkleinern und zu transferieren, hat aber mit sich gebracht, dass wir das Verkehrskonzept in das Messegelände hinein verändern mussten, damit gibt es natürlich auch wieder Veränderungen in unseren Straßen, die es rundherum gibt. Wir haben Optionen und Verhandlungen geführt mit unterschiedlichen Bauwerbern, unter anderem mit der Styria, die ja dann letztendlich auch zum Optionsvertrag geführt haben. Auch wird von Seiten der Styria selbst noch abgewogen, ob sie eher in die Fröhlichgasse oder eher auf den ehemaligen Sportklubplatz sich ansiedeln wollen, auch das wird unterschiedliche Verkehrsströme nach sich ziehen. Und es waren immer alle Abteilungen von der Stadtentwicklung über die Stadtplanung und die Verkehrsplanung involviert in diese Veränderungsprozesse und versuchen auch immer wieder, die Gesamtüberlegungen zusammenzufassen und zu einem neuen Konzept zu bringen. Also der Wunsch danach ist mehr als legitim, das hat sich die Bezirksbevölkerung verdient, das sollten wir alle wissen. Man muss nur auch sagen, wenn es um 250.000 m² Bruttogeschossflächen in Summe geht und die nicht fix sind, wer wo drankommt, dann muss man auch ein bisschen die Geduld haben, bis man hier mehr weiß und da kristallisiert es sich Gott sei Dank heraus und diesbezüglich unterstützte ich auch den Antrag, dass wir sagen, ein endgültiges Konzept, wenn das jetzt einmal fix ist, wo die Styria hinkommt, dann weiß man auch, welche Flächen überbleiben. Ich halte es auch gar nicht für notwendig, dass wir vielleicht alle Grundstücke in der Geschwindigkeit verkaufen, wie wir es angedacht haben, einfach deswegen, wenn wir es jetzt unter Druck tun, kriegt man vielleicht weniger Geld, wenn einmal Investoren wie die Styria, wie die Grawe usw. dort gebaut haben und auch qualitativ hochwertig gebaut haben, dann werden unsere Grundstücke letzten Endes dort auch noch mehr wert und dann können wir vielleicht auch mit etwas geringeren Bebauungsdichten dieselben Erlöse erzielen. Aber ich wollte es nur einmal zusammenfassen, weil ich auch im Aufsichtsrat der Messe auf all diese Dinge bis hin zum Bundesdenkmal immer reagieren musste, der Wunsch ist legitim, wir werden das behandeln und hoffentlich sehr bald einen endgültigen Plan über diesen Messequadranten im Gemeinderat vorlegen können (*Applaus ÖVP*).

6) Übersiedlung des Wohnungsamtes in barrierefreie und kundenfreundliche Räumlichkeiten

GRin. **Felbinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Felbinger**: Guten Tag, meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen einen schönen Nachmittag. Wie Sie wissen, ist das Wohnungsamt nach wie vor in der Alberstraße 12 untergebracht. Die vorhandene Liegenschaft entspricht nicht mehr den Bedürfnissen eines Amtes, in dem eine hohe Kundenfrequenz zu bewerkstelligen ist. Dies bringt sowohl für Kundinnen und Kunden als auch für Bedienstete große Probleme mit sich. Eine Übersiedelung – wie sie von der Leitung des Wohnungsamtes und den für das Wohnungsamt zuständigen Stadträten seit Jahren verlangt wird - wäre mehr als dringend angebracht und notwendig.

Das Gebäude ist nicht behindertengerecht ausgestattet. Um zu den entsprechenden Büroräumlichkeiten zu gelangen, müssen 58 Stufen überwunden werden. Es gibt weder einen Lift noch Rampen.

Im Hinblick auf das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz appelliere ich an die Stadt Graz, an der Umsetzung der geforderten Barrierefreiheit mitzuwirken. Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, dürfen nicht durch bauliche Barrieren davon ausgeschlossen werden, ihre Rechtsgeschäfte zu erledigen.

Diese Argumentation gilt nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für Eltern mit kleinen Kindern und Kinderwägen, für die sich der Besuch des Wohnungsamtes sehr schwierig gestaltet.

Dies sind nur wenige Gründe, warum die KPÖ schon seit 1998 eine Übersiedelung des Wohnungsamtes in modernere und barrierefreie Räumlichkeiten fordert. Aus Anfrage- und Antragsbeantwortungen der Vergangenheit konnte ich erlesen, dass größere Adaptierungsarbeiten wie der Einbau einer Liftanlage oder die Installation von Rampen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht möglich war.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden angewiesen, die Übersiedlung des Wohnungsamtes in barrierefreie und kundenfreundliche Räumlichkeiten so rasch wie möglich in die Wege zu leiten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch Ihr Antrag wird erledigt werden, zumindest einmal vorweg geschäftsordnungsmäßig, aber ich werde auch mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten und der zuständigen Stadtsenatsreferentin das Gespräch suchen, dass man das vielleicht endlich einmal hinbringt, dass ein solches Wohnungsamt auch für Behinderte und ältere Menschen, wie Sie es auch gesagt haben, zugänglich wird (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.